

Thomas Meyer

Zwischenruf: Die Wahl einer Präsidentin

Was ist das für ein Verständnis von Demokratie, das uns heute einreden möchte, es schade der Würde des obersten Staatsamtes, wenn sich dessen Inhaber an einer Herausforderin messen muss? Es heißt: Horst Köhler ist im Volke beliebt und findet immer die richtigen Worte. Deshalb nicht an Amt und Person rühren.

In den Worten, die er jedes Mal fand, verbirgt sich jedoch ein ernstes Problem. Sieht man die Texte noch einmal durch, mit dem letzten zur Finanzkrise angefangen, so offenbart sich ein fatales Glaubwürdigkeitsproblem. Der Präsident, so scheint es, reitet gern auf der Welle der jeweiligen öffentlichen Stimmung, durchaus geschickt, aber ohne Kompass und ohne Courage. Beides freilich sollten den Inhaber gerade dieses Amtes vor allem auszeichnen. Er wirkt ja nur mit dem Wort, das Wort aber wirkt in der politischen Öffentlichkeit auf Dauer nicht durch seine Wohlgesetztheit im jeweiligen Augenblick, sondern nur durch die Haltung dessen, der es ausspricht, im Verlaufe der Zeit.

Der Präsident hat sich in seiner Berliner Rede zur Finanzmarktkrise in einer Weise geoutet, die eine Wiederwahl nicht rechtfertigt. Diese Rede begann mit einem Eingeständnis, das hoffen ließ: die »Geschichte meines Scheiterns«. Schon vor zehn Jahren habe er als Direktor des IWF erkannt, dass die mangelnde Kontrolle der Finanzmärkte zum »wachsenden Risiko einer Systemkrise« führen muss, sich aber bei den Politikern in den Hauptstädten nicht durchsetzen können. Leider, leider: »Es fehlte der Wille, das Primat der Politik über die Finanzmärkte durchzusetzen.« Warum dann hat er als Bundespräsident sein großes öffentliches Gewicht nicht nachdrücklich in die Waagschale geworfen, um den erwarteten Schaden vom deutschen Volke und allen anderen abzuwen-

den – nun, da seine Stimme nicht mehr überhört werden konnte? Der Tenor all seiner wirklich gehaltenen Reden lief aber stets auf das Gegenteil dessen hinaus, was er doch so schmerzlich gewusst haben will: Wir brauchen mehr Wettbewerb, eine weitere Öffnung der Märkte und einen Rückzug des Staates auf seine Kernaufgaben. In der »Ordnung der Freiheit«, die er beschwor, gab es »Privateigentum, Wettbewerb und offene Märkte«, vor dem Staat hat er immer nur gewarnt.

Wie konnte das sein, wo er es nach nun mehrfachem Bekunden seit langem so viel besser wusste? Heute, wo die Krise da ist, sagt er auf einmal: »...dass es der Markt allein nicht richtet. Es braucht einen starken Staat, der dem Markt Regeln setzt und für ihre Durchsetzung sorgt.« Was wohl ging dem Präsidenten zwischen 1999 und 2009 durch den Kopf?

Und: Kennt er eigentlich die Gesellschaft, für die und zu der er spricht? Er legt nämlich in der Rede noch ein zweites Bekenntnis ab: »Alle haben wir über unsere Verhältnisse gelebt«, ruft er und mahnt zur Umkehr. Soll das etwa auch für die vielen gelten, die am prekären Rand unserer Gesellschaft leben, die drei Millionen Kinder in relativer Armut? Hat der Präsident schon einmal vom Niedriglohnsektor gehört, in dem 1,5 Mio. Menschen für weniger als fünf Euro die Stunde arbeiten? Oder wirft er etwa, ohne Absicht, nur Nebelkerzen, die verschleiern, wo die Schuldigen und wo die Opfer der Finanzkrise zu suchen sind? Ein Darstellungsredner ist gewiss nicht, was das Amt in schwerer werdenden Zeiten braucht. Die »Geschichte meines Scheiterns«, zu der sich der Präsident bekennt, liegt also gar nicht so weit zurück. Sie hat ihren eigentlichen Höhepunkt in seiner Amtszeit gerade erst gefunden. Keine Empfehlung zur Wiederwahl.